

# Euro-Reform-Monitor

Reformpolitik  
und Haushaltssanierung  
unter der Lupe

2016



DIHK

AHK

Deutsche  
Auslandshandelskammern

Copyright Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Herausgeber © Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Berlin | Brüssel

DIHK Berlin:

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

DIHK Brüssel:

Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles  
Telefon ++32-2-286 1611 | Telefax ++32-2-286 1605

Internet: [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

Redaktion Dr. Dirk Schlotböller, [schlotboeller.dirk@dihk.de](mailto:schlotboeller.dirk@dihk.de)  
Dr. Ilja Nothnagel, [nothnagel.ilja@dihk.de](mailto:nothnagel.ilja@dihk.de)

Stand September 2016

# Euro-Reform-Monitor

Die Eurozone befindet sich aktuell noch in einer Phase der Reformrendite. Die Euro-Staaten haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, viele wirtschaftsstärkende Reformen umgesetzt und ihre staatlichen Ausgaben eingedämmt. Hier zeigt sich ein wirtschaftliches Erfolgsmuster: Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit belebt die Exporte, das zieht höhere Investitionen und Beschäftigung nach sich. In der Folge legen dann auch die Konsumausgaben wieder zu.

Einige Länder stehen heute sogar deutlich besser da, als vor der Finanzmarktkrise der Jahre 2008/2009. In Irland liegt die Wirtschaft bereits knapp 40 Prozent über Vorkrisenniveau. Auch in Frankreich liegt die wirtschaftliche Tätigkeit und die Beschäftigung höher als damals, freilich war hier der Rückgang auch nicht so stark wie anderswo. Die griechische Leistungsbilanz ist ebenso wie die portugiesische und die französische mittlerweile ausgeglichen. Spanien, Italien und Irland liefern mittlerweile sogar mehr ins Ausland als sie importieren. Die Lohnstückkosten in Griechenland, Irland und Spanien sind gesunken und die preisliche Wettbewerbsposition entsprechend gestiegen, in Portugal sind sie seit 2008 nur um zwei Prozent gestiegen, in Italien um zehn Prozent und in Frankreich um zwölf Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland sind die Lohnstückkosten seit 2008 um 18 Prozent gestiegen.

Damit hat sich die Eurozone erst einmal aus dem Größten herausgearbeitet. Doch es besteht die Gefahr, die Erholung nunmehr als Selbstläufer anzusehen. Portugal hat einige Reformmaßnahmen wieder rückgängig gemacht, die die Wirtschaft spürbar entlastet hatten und damit positiv zur Leistungsfähigkeit beigetragen haben. Dazu zählt z. B. die Wiedereinführung von vier Feiertagen. Noch immer gelingt es trotz niedriger Zinsen nicht, die ohnehin schon flexiblen Regeln des Stabilitätspakts einzuhalten – gleiches gilt für Spanien. Zur sich damit wieder verschlechternden Verschuldungssituation kommen für Staaten in Europa die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise und den Brexit. Derzeit werden diese und andere Belastungen noch vom günstigen Öl, dem relativ schwachen Euro und den niedrigen Zinsen aufgefangen. Diese Sonderfaktoren wirken 2017 allerdings nicht mehr so stark. Das Wachstumstempo in der Eurozone von 1,5 Prozent im Jahr 2016 dürfte 2017 daher kaum zu halten sein.

Der Euro-Reform-Monitor zeigt, welche Länder welche Schritte unternommen haben und planen sowie die wichtigsten Ergebnisse. Der DIHK hat die Übersicht mit Unterstützung der Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) zusammengestellt.



# Griechenland

## 1. Zusammenfassung:

- Vereinbarung am 12.7.2016 setzte den Prozess der Umsetzung des Hilfsprogrammes mit einem weiteren Memorandum fort
- Schaffung eines automatischen Mechanismus für eine «Haushaltssperre» zur Haushaltskonsolidierung
- vollständige Autonomie der Finanzbehörden (Einnahmen) bis zum 1.1.2017
- Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor
- neuer Strategischer Plan gegen Korruption
- Erhöhung verschiedener Steuern (MwSt., Kfz, Einkommens-, Solidaritätszuschlag, Mineralöl, Energie, andere Konsumgütern, usw.), Abschaffung von Steuererleichterungen
- Energie- und Strommarktreformen
- Wirtschaft seit 2015 zurück in der Rezession (-0,2 % Wirtschaftswachstum), zumindest Erwerbstätigkeit wächst allmählich (+1,9 % ggü. 2014)
- Leistungsbilanz mittlerweile ausgeglichen

## 2. Bisheriges Ergebnis:

### Wachstum

- 2015: -0,2 %; +0,5 % ggü. Tiefststand (2013); -26,1 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2007)
- Prognose IWF 2016: -0,6 %, 2017: +2,6 %

### Außenhandel

- Export 2015: -3,8 % ggü. Vorjahr; +12,1 % ggü. 2009
- Import 2015: -6,9 % ggü. Vorjahr; -21,7 % ggü. 2009
- Leistungsbilanz: -0,0 % des BIP, 2008: -14,4 %

### Arbeitsmarkt

- Erwerbstätigkeit: 2015 +1,9 %; +2,1 % ggü. Tiefststand (2013), -16,8 % ggü. Vorkrisenhöchststand (2008)
- Arbeitslosenquote 2015: 24,9 %; Höchststand: 2013 27,5 %, Tiefststand: 2008 7,8 %
- Lohnstückkosten -3 % seit 2008

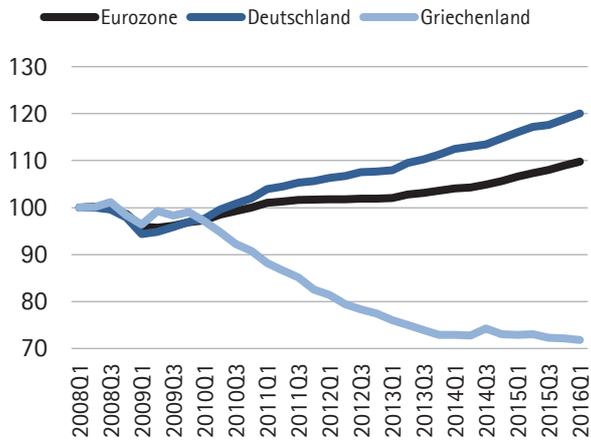
### Staatsfinanzen

- Schuldenstand 2015: 176,9 % des BIP; Höchststand: 2014 180,1 %, Tiefststand: 2007 103,1 %
- Haushaltsdefizit 2015: -7,2 %; 2014 -3,6 %, 2009: -15,2 %
- Ausgaben 2015: 88 Mrd. Euro; 2010: 119 Mrd. Euro
- Einnahmen 2015: 81 Mrd. Euro; 2010: 93 Mrd. Euro

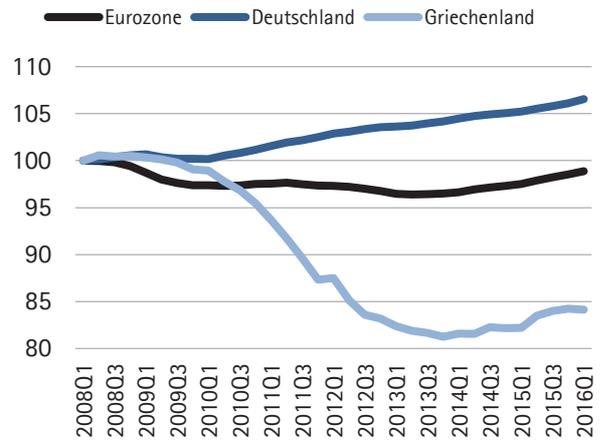
### Weitere Indikatoren

- „Doing Business Ranking“ der Weltbank: 60., 2009: 96.
- „Global Competitiveness Index“ des Weltwirtschaftsforums: 81., 2009/2010: 71.
- Industrieanteil 2015: 12,6 %, 2009: 12,2 %

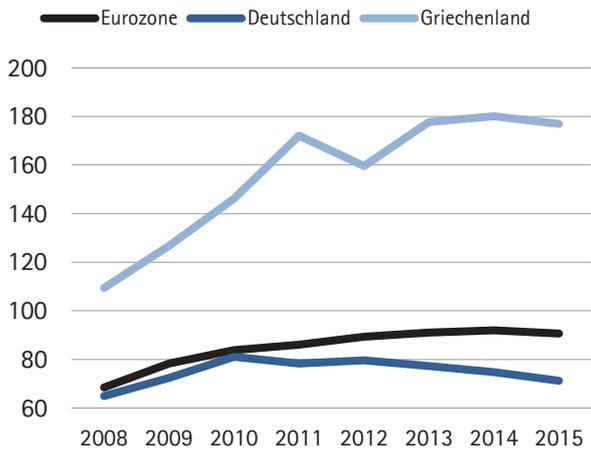
### BIP-Entwicklung (2008=100)



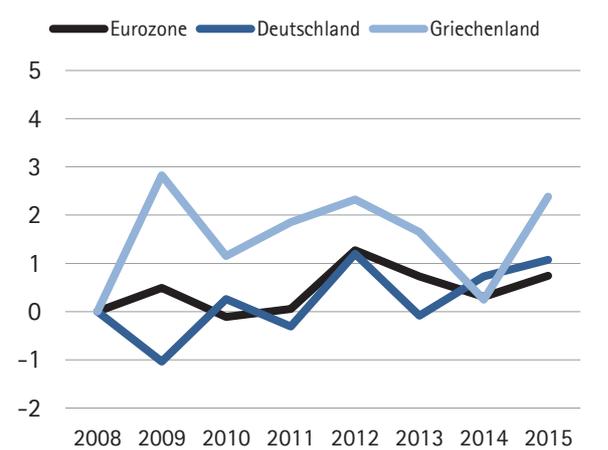
### Erwerbstätige (2008=100)



### Staatsverschuldung (in % des BIP)



### Außenbeitrag (in % des BIP; 2008=0)



Erwerbstätige: Daten Eurozone/Deutschland saison- und arbeitstäglich bereinigt; Griechenland saisonbereinigt

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

### 3. Maßnahmen:

Seit dem Einbruch der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 hat das Land eine Reihe von Reformen durchgeführt, welche eher maßgeblich auf die dringende Haushaltskonsolidierung zielten. Dementsprechend wurden die Staatseinnahmen durch erhöhte, zusätzliche und erweiterte Besteuerung gestärkt und die Ausgaben durch die Senkung der Renten- und Lohnkosten im öffentlichen Sektor kontrolliert begrenzt. Während des ersten Halbjahres 2015 hat die neue griechische Regierung die Verhandlungen mit den Institutionen weitergeführt mit der dramatischen Zuspitzung vom Juni-Juli 2015. Die erreichte Vereinbarung am 12.7.2016 setzte den Prozess der Umsetzung des Hilfsprogrammes mit einem weiteren Memorandum fort (dem dritten innerhalb der letzten fünf Jahren) sowie einen Nachtrag im Juni 2016.

Das im August 2015 vereinbarte Programm sah eine Reihe von 223 Maßnahmen (actions) vor, ca. 80 % davon müssten sollten innerhalb eines Jahres realisiert werden, die restlichen 20 % bis Ende 2018. In einem Zwischenbericht (Juni 2016) zur Umsetzung dieser Vereinbarung bestätigt die EU Kommission die grundsätzliche Einhaltung der Vereinbarungen und die Realisierung der meisten der vorgesehenen Reformen. Die mit den Kreditgebern unter dem laufenden Programm vereinbarten Maßnahmen sind gehen in vier Richtungen:

- Haushaltskonsolidierung
- Finanzstabilität
- Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen
- Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung

#### 3.1 Haushaltskonsolidierung

- Die Einstimmung des Staatshaushaltes zu einem primären Defizit von 0,25 % im 2015 und einem primären Überschuss von 3,5 % im 2018. Dementsprechend wurde u.a. der Mehrwertsteuersatz zwei Mal angepasst, einmal im Jahr 2015, um weitere Produkt- und Dienstleistungsgruppen zu erfassen sowie ein weiteres Mal mit einer Erhöhung vom Juli 2016 von 23 % auf 24 %. Am Ende des Jahres 2015 lag der Primärüberschuss bei 0,75 %, also ca. einen Prozentpunkt über dem vertraglich vorgesehenen Wert.
- Weitere Maßnahmen zur Einhaltung der Wachstumsziele bis 2018 (2016 0,5 %, 2017 1,75 %, 2018 3,5 %) sind:
  - Rentenreform (weitere Kürzungen) 1 % des BIP
  - Einkommenssteuerreform (Erhöhungen und Erweiterungen) 1 % des BIP
  - Mehrwertsteuerreform (Erhöhung) 0,2 % des BIP
  - Öffentliche Ausgaben (Lohnkosten Kürzungen) 0,2 % des BIP
  - Weitere Reformen (Kfz-Steuer, Erhöhung der Konsumsteuer bei: Energie, Alkohol, Tabak und Telekommunikation, usw.) 0,6 % des BIP
  - Weitere Maßnahmen zur Verringerung der Steuervermeidung.
- Die möglicherweise wichtigste Reform stellte die Schaffung der Rechtsnorm in Form eines automatischen Mechanismus («Haushaltssperre») dar; für weitere Einschnitte sollte in der Zukunft die Haushaltsimplementierung von den vorgesehen finanzpolitischen Zielen negativ abweichen.
- Die vollständige Autonomie der Finanzbehörden (Einnahmen) bis zum 1.1.2017.
- Weitere Maßnahmen zur effizienten Steuereintreibung wie z.B. elektronische Zahlungen, Veröffentlichung der Namen von Steuersündern, Bekämpfung des Warenschmuggels, Einfrieren von Bankkonten und direkte Steuereintreibung.
- Einleitung eines neuen Regelwerkes für öffentliche Ausschreibungen und Aufträge bis Ende 2016.

## Ausgaben:

### Öffentlicher Dienst

#### Bereits umgesetzte Reformen 2009–2014

- Streichung des 13. und 14. Monatsgehaltens (Weihnachts-, Oster- sowie Urlaubsgeld im öffentlichen Sektor endgültig abgeschafft)
- Einheitliches Tarifsysteem für Angestellte in Staatsunternehmen (Höchstgrenze 1.900 Euro im Monat) Gehaltskürzung für Angestellte in Staatsunternehmen (seit November 2012 -20 %)
- Neueinstellungen im öffentlichen Sektor nur nach begrenzender Quote: 1:5 bis 2015 (für die durch Eintritt in den Ruhestand freigewordenen Arbeitsplätze)
- Abbau von ca. 25 % der Stellen im öffentlichen Dienst

#### Reformprogramm des 3. Memorandums 2015–2018 ff

- Verringerung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor um 26 % zwischen 2009–2015 und der entsprechenden Lohnausgaben um 31,4 %
- Verschiedene Reformen bezogen auf Personalkosten und Vergütungen im öffentlichen Sektor

### Sozialsystem

#### Bereits umgesetzte Reformen 2009–2014

- Pensions- und Rentenkürzung um 5 bis 15 % ab 1.000 Euro (Anpassungsprogramms 2013–2016), insgesamt seit 2010 um bis zu 45 %; Streichung von Zuschuss Zuschüssen für Rentenversicherung, Zwangsvereinigung aller Rentenkassen, Kostenobergrenzen für Verwaltung und Personal (wurden 2015 und 2016 weiter gekürzt)
- Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre, Erhöhung der Mindestbeitragszeit auf 40 Jahre, Reformierung des Zusatzaltersvorsorgesystems
- Einsparungen im Gesundheitswesen, unter anderem durch höhere Eigenbeiträge der Versicherten beim Kauf von Medikamenten, Schließung und Zusammenlegung zahlreicher Krankenhäuser, elektronische Medikamentenverschreibung, 25 Euro für die Einlieferung ins Krankenhaus, Preissenkungen bei den Medikamenten, Senkung der Gewinnspanne der Apotheken

## Einnahmen:

### Einführung neuer Steuern/Abgaben

- einheitliche Grundstückssteuer (ENFIA auch für Ackerland, 2 Mrd. Euro)
- Solidarzuschlag auf das Gesamteinkommen (1 bis 4 %) über 12.000 Euro bis 2018.

### Anpassung von Steuern/Abgaben

- Erhöhung verschiedener Steuern (MwSt., Kfz, Einkommens-, Solidaritätszuschlag, Mineralöl, Energie, andere Konsumgütern, usw.), Abschaffung von Steuererleichterungen (200 bis 2014).

### Verfahren zur Steuererhebung

- Verschärfung der Strafverfolgung bei Steuern, Abschaffung der Steueramnestie, Einführung von MwSt. für Rechts- und notarielle Dienstleistungen, Abschaffung des Steuerfreibetrags (ab einem Jahreseinkommen von 42.000 Euro)
- Neues System zur Zahlung der Kfz-Steuern
- verstärkte Steuerkontrollen, ggf. Sanktionen wie 48stündige Zwangsschließungen; Verschärfung der Strafverfolgung (seit Mitte 2012 600 Steuerhinterzieher in Haft genommen, sofortige Begleichung von Steuerschulden (statt in Raten), regelmäßige Stellenwechsel und Überprüfung von Finanzbeamten

### Privatisierung

- Privatisierung des Glücksspielunternehmens OPAP: 33 % wurden für 652 Mio. Euro verkauft, Verkauf Anteil an Gasversorger für 400 Mio. Euro in Vorbereitung

- Privatisierung des Netzbetreibers ADMIE bis Ende 2016
- Fortsetzung des Privatisierungsprozesses, wie z.B.
  - Konzession der 14 Regionalflughäfen an die deutsche Fraport AG für 30 Jahre
  - Privatisierung der Betreibergesellschaft des Hafens von Piräus an die chinesische COSCO
  - anstehende Privatisierung der Betreibergesellschaft des Hafens von Thessaloniki
  - Verlängerung der Konzession des Flughafens von Athen
  - Vollendung der Konzession des Geländes des ehemaligen Hellinikon Flughafens
  - Verkauf von Luxus Resorts nahe Athen
  - Verkauf verschiedener Immobilien im In- und Ausland
- geplant: Beschleunigung der Privatisierung von Staatsunternehmen und Verwertung des öffentlichen Vermögens (Bahngesellschaft, Häfen und regionale Flughäfen), Abschaffung der Mindestbeteiligung an zu privatisierenden Staatsunternehmen
- mehrfache Korrektur der zu erwartenden Erträge, zuletzt auf kumuliert 22,3 Mrd. Euro bis 2020, Erlöse bis Anfang 2014: 2,6 Mrd. Euro

## 3.2 Wettbewerbsfähigkeit

### Arbeitsmarkt

- Kündigung von Tarifverträge
- Senkung Kündigungsfrist bei Entlassungen von 6 auf 4 Monate, gesetzliche Abfindungszahlungen bei Kündigungen deutlich reduziert, Schwellenwerte verringert
- Senkung des Mindestlohns von 751 auf 586 Euro, für unter 25-jährige auf 510,95 Euro

### Finanzmärkte

- Re-Kapitalisierung der vier systemrelevanten griechischen Banken – Bankfusionen

#### Reformprogramm des 3. Memorandums 2015–2018

- Nach dem Abschluss der 3. Rekapitalisierung der systemrelevanten Banken 2015 weitere Schritte zur Stärkung des Bankenmanagements und der Führung des Bankenstabilitätsfonds (HFSF Hellenic Financial Stability Fund), hauptsächlich durch Regeln zur Auswahl von Aufsichtsrats- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern/Direktoren.
- Regeln zur Behandlung von notleidenden Krediten (NPLs – Non Performing Loans), mit der Möglichkeit, solche Kredite an Nicht-Banken-Institute zu verkaufen (mit wenigen Ausnahmen für den Schutz nicht-wohlhabender Kreditnehmer).
- Vervollständigung des Regelwerkes für NPL
- Einführung einer zentralen Stelle zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von Kreditnehmern
- Koordinierung durch die Zentralbank der Prozesse der Verwaltung von NPL großer Schuldner durch die Zentralbank.

### Öffnung/Liberalisierung von Märkten für Waren und Dienstleistungen

- Stärkung der Wettbewerbsbehörde
- Deregulierung bei Energie und Verkehr
- Deregulierung des Milchverkaufs
- Abschaffung der Anwaltpflicht bei Hauskäufen, Senkung der Anwaltsgebühren
- Öffnung geschützter Berufe (Taxi, Speditionen, Apotheken, Optiker, Makler, Buchhalter, Tankstellen, Fremdenführer u.a.) beschlossen. Umsetzung stockt teilweise (ca. 75 % von den rund 350 Berufen)

- Babynahrung, Nahrungsergänzungsmittel, Medizin, Brot und Brötchen auch in Supermärkten erhältlich; Verkaufsverbot für abgepackte Waren von nicht spezialisierten Geschäften (Fleisch, Käse, Fisch) aufgehoben
- Einzelhandel: vereinfachte Lizenzierung, verkürzte Mindestmietdauer von Ladengeschäften, Verkauf von Waren unter Einstandspreis erlaubt, Liberalisierung der Buchpreise, Einführung von verkaufsoffenen Sonntagen (auf freiwilliger Basis), Einführung von neuen Saisonschlussverkaufszeiten (im Herbst und im Frühling)
- flexible Öffnungszeiten der Apotheken (auch Samstag), Zulassung von Apothekenketten
- Energie und besonders Strommarktreformen: Stromlieferanten sollen Anteile der Stromproduktion der quasi-staatlichen PPC (nach Ausschreibungen) Zugang bekommen, damit der PPC Marktanteil von ca. 90 % auf 50 % bis 2020 zurückgeht
- weitere Liberalisierung des Gasmarktes bis 2018

#### Verfahren/Verwaltung

- Einführung eines verbesserten Regelwerkes für öffentliche Ausschreibung um vorrangig Effektivität, Transparenz und Kontrolle zu erzielen, darunter mit:
  - elektronischen Ausschreibungen (e-procurement)
  - zentrale Beschaffungen (besonders im Gesundheitssektor) nach den Empfehlungen und Unterstützung der EU- Kommission und der OECD.
- Ein neues Zivilverfahrensrecht seit dem 1.1.2016
- Ein neuer Strategischer Plan gegen Korruption
- Fortsetzung des Prozesses der Bewertung und Planung einer Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung. Einführung eines Reformrats als Regierungsgremium zur Umsetzung der Vorschläge
- Bessere Zielsetzung und Kontrolle bei der öffentlichen Verwaltung (Management by Objectives)
- Unterstützung der Transparenz durch die Stärkung und Erweiterung des Einsatzgebietes der DIAVGEIA Datenbank (Pflicht zur Veröffentlichung von Aufträgen, Beschlüssen, Zahlungen usw.).
- Digitalisierung der Verwaltung (e-government)
- Personalverwaltung: Nationales Register und Personalmobilität
- Erweiterung des digitalen Angebots (ERMIS Portal) für Bürgerangelegenheiten.

#### Unternehmensförderung, Bildung

- Verlängerung der Probezeiten, Erleichterung bei Befristungen
- **Reformprogramm des 3. Memorandums 2015–2018 ff**
- Vereinfachung betrieblicher Prozeduren (z.B. Veröffentlichung von Bilanzen) nach den Empfehlungen der OECD
- Gründung eines Treuhandfonds, in den große Teile des staatlichen Besitzes übertragen werden
- Investitionsförderungsgesetz: Im Juni 2016 neues Investitionsförderungsgesetz verabschiedet. Dieses zielt hauptsächlich auf Zuschüsse in Form von steuerlichen Vorteilen ab als Zuschüsse
- Strategische Investitionen (ab 10 Mio. EUR), neuer Rahmen für sogenannte strategische Investitionen, welche bevorzugt seitens des Staates unterstützt werden
- Verbesserungen in den Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen, damit sich ausländische Investoren (hauptsächlich außerhalb der EU) in Griechenland niederlassen.
- Griechischer Fond für Wirtschaft und Entwicklung, neues Gesetz soll diesen Fond (ETEAN) zu einem Wachstums-Fond für KMUs neu definieren.
- Einfachere Lizenzierung für Investitionen in ausgewählten Sektoren (Nahrungsmittel und Getränke, Tourismus, Bergbau usw.) in Zusammenarbeit mit der Weltbank.

- Logistik: Unterstützung von Investitionen und Infrastruktur für den Güterverkehr durch die Berufung eines Beratungsgremiums für die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit in der Logistik.
- Gewerbegebiete: Evaluierung der Rahmenbedingungen für Gewerbegebiete und Anpassungen zur Steigerung der Effektivität der Gewerbegebiete auf die regionale Entwicklung, Beschäftigung und Wirtschaft.
- Unterstützung von Exporten durch eine Reihe von organisatorischen Maßnahmen und Regeln
- Fortsetzung bei der Umsetzung der OECD-Empfehlungen (Toolkit) für den verstärkten Wettbewerb beim im elektronischen Handel, Großhandel, Bau, produzierenden Gewerbe und Medien
- Modernisierung und Vereinfachung des Regelwerkes bezüglich fachbezogener Kammern, damit diese in einer gestärkten Position sowohl als Berater der des Staates als auch als Informationsstellen für ihre Mitglieder agieren.
- Einführung von 54 one-stop-shops für zur administrativen Unterstützung von Firmengründungen (mit der Aussicht, diese Funktion den lokalen Kammern zu überlassen)
- Verschiedene Maßnahmen (vertikal und horizontal) um die Bildungsziele Europe 2020 zu erreichen.
- höhere Ausgaben für FuE (1,2 % des BIP)
- Institut für Forschung und Innovation im Juni 2016 gegründet. Mit einem Budget von EUR 240 Mio. Euro soll das Institut Forschungsprojekte im Rahmen der Strukturfonds und EU-Forschungsfonds unterstützen sowie Neu- bzw. Ausgründungen fördern.